

Neudruck

Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Landesregierung muss handeln - Gesundheit der Bürger schützen, Gefahren für Anwohner am BER verhindern

Seit dem 02.05.2015 ist die sogenannte Südbahn des BER mit Erlaubnis des MIL, des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung, temporär in Betrieb. Für die nunmehr vom Fluglärm und von den sogenannten neuen Flugrouten betroffenen Anwohner in Blankenfelde und Dahlewitz, aber auch in Schulzendorf, Eichwalde, ist dies eine ganz neue Erfahrung. Über 4.000 Haushalte haben einen Rechtsanspruch auf Schallschutz. Dies allein ist schon Aussage über die Betroffenheit genug. Unabhängig hiervon werden mehrere tausend Haushalte zusätzlich „überflogen“, ohne dass sich aus den Rechenmodellen der Flughafengesellschaft heraus, eine Anspruchsberechtigung für Schallschutz ergibt.

Nunmehr berichten Anwohnerinnen und Anwohner, dass die Flugzeuge „so dicht und so tief“ über ihre Häuser einfliegen, dass sie geradezu das Gefühl haben, den Piloten und Passagieren direkt ins Gesicht schauen zu können. Die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 670 bezüglich der Überflughöhen über die Ort Eichwalde, Schulzendorf und Blankenfelde von der Südbahn des BER gibt über die Überflughöhen Auskunft: „Für Blankenfelde im Bereich der Karl-Liebknecht-Straße ergibt sich danach eine Flughöhe von ca. 256 m. Für Eichwalde im Bereich der S-Bahntrasse ergibt sich eine Flughöhe von ca. 340 m und für Schulzendorf im Bereich der Karl-Liebknecht-Straße von ca. 300 m.“ Dies sind die theoretischen Flughöhen, in Wirklichkeit fliegen die Flugzeuge oft tiefer über diese Ortschaften.

Im Planfeststellungsbeschluss aus dem Jahr 2004 auf Seite 112 ist festgelegt: „Bei Gebäuden mit einer Höhe von weniger als 30 m sind die Träger des Vorhabens verpflichtet, die Kosten für geeignete Maßnahmen zur Vermeidung von Schäden durch Wirbelschleppen zu übernehmen, sofern nach der Inbetriebnahme des Ausbauvorhabens nachweislich wiederholt Schäden durch Wirbelschleppen an einzelnen Gebäuden auftreten. „

Vom Flughafen Frankfurt am Main ist bekannt, dass die Häuser in den Anliegerorten Flörsheim und Raunheim zu den höchst betroffenen Gemeinden gehören.

Dort wurden auf Anordnung des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung am 26.05.2014 festgelegt, dass die Dächer gegen Wirbelschleppen zu sichern sind. Hintergrund der Tatsache war, dass im Jahr 2013 überdurchschnittlich viele Dachziegel von den Dächern gefallen sind, induziert durch die Wirbelschleppen der Flugzeuge. Seinerzeit wurden 22 Fälle der Flughafengesell-

schaft gemeldet. Von noch höheren Dunkelziffern kann ausgegangen werden. Daraufhin hat in einem beschleunigten Verfahren das Verkehrsministerium des Landes Hessen die Anweisung an die Flughafengesellschaft FRAPORT erlassen, alle Dächer in den Gebieten der Einflugschneisen zu sichern, die in einer Höhe von 330 m oder einem geringeren Abstand überflogen werden, unabhängig von der Frage, ob Flugzeuge die Verwirbelungen tatsächlich ausgelöst haben oder auslösen könnten. Diese Vorgänge wurden auch von der Deutschen Flugsicherung untersucht. Es konnte zwar kein kausaler Zusammenhang bewiesen werden, aber ein kausaler Zusammenhang kann auch nicht zweifelsfrei ausgeschlossen werden.

Aus diesem Grunde hat das Hessische Verkehrsministerium aus reinen Vorsorgegründen die Sicherung der Dächer angeordnet. In diesem Zusammenhang haben Experten im Auftrag des Verkehrsministeriums und im Auftrag des Unternehmens FRAPORT 1.500 von 2.000 Häusern im entsprechenden Einzugsbereich geprüft und untersucht. Im Weiteren wurde dann festgesetzt, dass der Flughafenbetreiber auf seine eigenen Kosten die Dächer der Häuser in dem entsprechenden gefahrgeneigten Gebiet „zu klammern“ hat.

Da die Gemeinden Blankenfelde, Mahlow, Dahlewitz, Schulzendorf und Eichwalde am Flughafen BER wesentlich dichter am Ende der Start- und Landebahn liegen, als die Gemeinden am Flughafen Frankfurt am Main, wie z.B. Flörsheim und Raunheim, kann man davon ausgehen, dass die Belastungen und die Gefahr am Flughafen BER mindestens gleichwertig ist, auch wenn aktuell noch nicht die großen Maschinen fliegen, wie in Frankfurt am Main (Boeing 747 et al.).

Es zeigt sich aufgrund der Erfahrungen in Frankfurt am Main, dass dringender Handlungsbedarf geboten ist, da die Festlungen zu Wirbelschleppen im Planfeststellungsbeschluss aus dem Jahr 2004 veraltet sind und von der Realität überholt wurden. Die Landesregierung darf nicht warten, bis „nachweislich wiederholt Schäden durch Wirbelschleppen an einzelnen Gebäuden auftreten.“ Durch Wirbelschleppen herabfallende Dachziegel stellen eine akute Verletzungsgefahr der Anwohner des BER dar, die in einer Höhe von weniger als 330 Metern überflogen werden.

Aus diesem Grunde möge der Landtag Brandenburg beschließen:

1. Der Landtag Brandenburg fordert die Landesregierung auf, im BER-Sonderausschuss und im Verkehrsausschuss des Landtages Brandenburg darzulegen, wie sich die Gefährdungssituation in Blankenfelde-Mahlow, Dahlewitz, Schulzendorf, Eichwalde und Waltersdorf darlegt.
2. Die Landesregierung Brandenburg wird aufgefordert, die Flughafengesellschaft aufzufordern, sich mit der Problematik zu beschäftigen und im BER-Sonderausschuss diesbezüglich zu berichten.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass den Grundsätzen der Gefahrenvorsorge und der Abwehr von Schäden für Leib und Leben der Menschen in der Einflugschneise Rechnung getragen wird.

Iris Schülzke
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe